

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Rm 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R.,
unter Eingeladn 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 55

Dienstag, 8. März

1921

Das Landespreisamt gegen die Wucherer.

(N.) Die Tätigkeit des Landespreisamtes ist kürzlich im Landtage heftig angegriffen worden. Hier wie auch in einigen Presseausgaben war deutlich zu erkennen, daß die Wirksamkeit dieser Behörde in der Bevölkerung noch immer nicht genügend bekannt ist, daß dagegen alle die Kreise mit ihr recht unzufrieden sind, die wegen Verhöhen gegen die behördliche Preispolitik mit ihr in Konflikt kommen. Das L.P.A. hat deshalb dem Wirtschaftsministerium eine Darstellung seiner Tätigkeit zugehen lassen, in welcher zugleich die irtümlichen Auffassungen, die in der Bevölkerung darüber herrschen, widerlegt werden. Insbesondere wird in diesem Bericht nachgewiesen, daß es irrig ist, wie gemeinhin behauptet wird, daß es sich um eine bloße Preisüberhöhung handelt, die durch die Tätigkeit des L.P.A. zu sprechen, denn es werde im Gegenteil soweit wie möglich eingeschränkt. Die Kosten haben sich nur deshalb erhöht, weil hier wie bei allen Behörden die Materialpreise, Preise für Bedarfsgüter, die Holzgelder, die Gehälter u. a. m. gestiegen sind. Dagegen wird häufig übersehen, daß durch die Tätigkeit des L.P.A. dem Staat erhebliche Einnahmen gesichert und Staat und Bevölkerung vor großen Verlusten geschützt werden. So sind allein an Strafen und anderen Geldeingehungen, die durch das Eingreifen des L.P.A. über Wucherer und Preisstreiber verhindert worden sind, dem Staat im letzten Jahre 1800000 M. zugeflossen, eine Summe, die allein die Kosten des L.P.A. nahezu deckt. Dazu kommen noch weit größere Beträge, die Missionswerke darstellen, und zwar in Form von beschlagnahmten Waren, die, wenn sie zu den beschlagnahmten Wucherpreisen abgesetzt worden wären, die Bevölkerung erheblich geschädigt hätten. Außerdem hat das L.P.A. vorbeugende Maßnahmen gegen Preisstreiber und Wucherer getroffen und damit ebenfalls Millionen gerettet, die sonst in die Taschen einzelner geflossen wären.

Es ist verständlich, daß Wucherer und Preisstreiber, die mit dem Amt in Konflikt geraten, auf dieses nicht gut zu sprechen sind. Allein es würde dem Allgemeinwohl erheblich gebietet werden, wenn man das Amt in seinem Kampfe gegen die Ausbeutung weiter Volkswirtschaften tatkräftig unterstützen möchte. In dem Berichte des L.P.A. an das Wirtschaftsministerium wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß das L.P.A. für Auskünfte und Hilfestellungen im Kampfe gegen die Preisstreiber und Wucherer unausgesprochen jedermann zur Verfügung steht.

Interview Dr. Simons'.

London, 7. März. (Havd.) Die „Sunday Times“ veröffentlicht heute vormittag ein langes Interview von Dr. Simons, das in großen Zügen die deutsche Antwort auf die Rede Lloyd Georges wiedergibt. Dr. Simons erklärte, daß Deutschland durch die Unterzeichnung des Versailles Vertrages ein für alle Mal zugab, daß es den Krieg verloren hat. Ich habe in Stuttgart niemals erklärt, daß Deutschland nicht am Kriege schuld war, sondern lediglich, daß es nicht allein die Schuld trug. Die Verantwortung ist geteilt, und das deutsche Volk wird niemals zugucken, daß es allein die Schuld auf sich nehmen soll. Die deutschen Arbeiter sind bereit, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken, aber wir erheben Einspruch gegen die lange Dauer der 42 Jahre, welche zwei Generationen treffen würde. Wir sind der Ansicht, daß die festen Jahreszahlungen zu hohe Summen festsetzen, und wir betonen, daß wir schon 20 Milliarden bezahlt haben. Die deutsche Regierung verweigert die Pariser Ziffern. Es wird lieber die Zwangsmaßnahmen auf sich nehmen, als die wirtschaftliche Erdrückung, die eine Folge der Pariser Beschlüsse wäre. Simons drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Verbündeten sich die Sache überlegen und die deutschen Anerbietungen annehmen werden. Wenn Deutschland, sagte er, sich wieder emporarbeitet, werden unsere Zahlungen natürlich auch in die Höhe gehen. Ich werde beantragen, daß eine Kommission unter Erklärung einer Prüfung unterliegt. Lehnt man ab, so ist der einzige Ausweg die Anwendung der Zwangsmaßnahmen, aber Deutschland kann die von der Konferenz festgesetzte Summe nicht bezahlen.

Vertragsbruch der Alliierten.

Keynes zu den Londoner Verhandlungen.

London, 7. März. Keynes schreibt im „Manchester Guardian“: Wir haben Forderungen an die Deutschen gestellt, von denen wir wußten, daß sie sie unmöglich erfüllen können. Die Deutschen haben mit Vorschlägen geantwortet, die in der entgegengelegten Richtung irren gehen. Ein gerechtes Ergebnis hätte nur erzielt werden können durch eine Besprechung von Fragen, wie, ob wir Deutschland erlauben und es ermutigen wollen, einen großen Exporthandel zu entwickeln, weiter wie weit wir Bezüge in natura annehmen können und Deutschland anbieten kann, und schließlich über die Grundzüge, nach denen die Bewertung solcher Bezüge stattfinden soll. Aber beide Seiten haben einen derartigen Ausgang der Angelegenheit vermieden. Es ist weiterhin etwas unternommen worden, was die Sache aus dem Gebiete der Wirtschaft in das des Rechts bringt. Die Pariser Forderungen stellen eine Abänderung des ursprünglichen Vertrags dar, die, mag das nun eine Forderung zugunsten oder zumungunsten sein, die Deutschen anzunehmen nicht verpflichtet sind. Wir können sie daher in loyaler Weise nicht zur Annahme zwingen. Zu gleicher Zeit haben wir behauptet, daß sie den Vertrag in anderer Weise gebrochen haben, und bedrohen sie mit einer Sanktion, um sie zur Durchführung von nicht einmal durch den Vertrag

begründeten Forderungen zu zwingen. Das ist von unserer Seite ein erster Schritt, über dessen Natur wir uns klar werden müssen.

Die vorgeschlagene Methode würde darauf hinausgehen, den Vertrag so gut wie vollständig zu zerreißen und ihn zu ersetzen durch eine von Zeit zu Zeit erfolgende Anwendung von Gewalt, um diese oder jene Forderungen durchzusetzen.

Außerdem ist diese Methode sehr unklar. Die Einbehaltung eines Teiles des Erldes der deutschen Exportwaren würde letzten Endes von den Verbündeten selbst bezahlt werden, und die Beschlagnahme der Zölle könnte dazu führen, daß die Verbündeten sich im Besitze der Schiffsladungen deutschen Papiergeldes befinden, von denen Lloyd George neulich so bereit im Unterhause gesprochen hat.

Die schwere Bedeutung der Mitteilung der Alliierten beruht zum Teil darauf, daß wir uns dazu hergeben, die französische Politik, die dahingehet, die Rheinlande von Deutschland zu trennen, selber zu fördern. Es scheint, daß wir in noch ausgeprägterem Maße dieselbe Politik wie in Irland einzuschlagen beabsichtigen und sie mit denselben Argumenten rechtfertigen. Die Deutschen haben unrecht, und das, glaubt man, berechtigt uns zu tun, was uns beliebt. Dieselbe Gesetzesverfassung und dieselbe Moral ist verantwortlich für die letzten Vorgänge in Irland, und wenn man darin beharrt, wird sie zu demselben Unheil führen.

Eindruck der deutschen Festigkeit.

London, 7. März. Die Festigkeit, welche die Heimat an den Tag legt, drückt hier nicht ohne Eindruck. Die „Times“ läßt sich aus Berlin melden, daß die überwiegende Mehrheit der Zeitungsleser als ein Zeichen für die endgültige Entscheidung Deutschlands zu betrachten sei. Die Aussicht auf eine befriedigende Lösung ist ziemlich ungünstig. Der Berichterstatter schreibt dies dem Umstand zu, daß aus Lloyd Georges Rede nur die sensationellen Teile veröffentlicht worden seien. Wie es auch sein mag, die Kundgebungen aus Deutschland haben ihre Wirkung nicht verfehlt und führen das Bewußtsein der englischen Presse, das deutsche Volk als vor Schreden erharret hinzustellen. Die Arbeit unserer deutschen Vertreter, deren Ergebnis Minister Simons heute in der Konferenz darlegen wird, erhöht durch die Haltung der deutschen Öffentlichkeit die beste Unterlage. Vor allem ergibt sich daraus auch die Gewißheit, daß keine Bedrückung des deutschen Volk gerechtfertigt kann.

Die Haltung Duisburgs.

Berlin, 7. März. Der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg richtete ein Telegramm an den Reichslangler, worin es heißt: Die Stadt Duisburg erwartet von der Reichsregierung weitere Ablehnung aller für unser Volk unerträglichen und unerfüllbaren Bedingungen. Mit der Bürgerchaft Duisburgs, dem die Schrecken einer Besetzung drohen, wisse er sich einig in der selbstverständlichen Auffassung, daß bei einer Entschließung über das Schicksal des Reiches örtliche Not nicht in die Waagschale fallen dürfe.

Die Londoner Konferenz.

Die deutsche Antwort auf das Ultimatum der Verbündeten.

Paris, 6. März. Wie Havas aus London meldet, wird die Konferenz morgen zwei Sitzungen abhalten. Die erste, um 11 Uhr stattfindende wird wahrscheinlich dem Zwecke dienen, den griechischen und türkischen Abordnungen die Antwort der Verbündeten betreffend die praktische

Anwendung des Vertrages von Sevres zur Kenntnis zu bringen.

In der Nachmittagsitzung werden die deutschen Vertreter ihre Antwort auf das Ultimatum der Verbündeten geben. Wenn diese Antwort rechtzeitig erteilt würde, dann würde die Vormittagsitzung der Anhörung der deutschen Abordnung statt der Entscheidung der Orientfrage gewidmet werden. Falls Dr. Simons, was nicht unwahrscheinlich ist, wie der Havasbericht meint, nur solche Angebote macht, die vom Pariser Abkommen abweichen, werden die Verhandlungen sofort abgebrochen werden. Briand würde anderen Tages nach Paris zurückkehren. Er hat nacheinander mit Seydoux, dem Unterleiter der Handelsabteilung, einem der französischen Sachverständigen, der gestern mit den deutschen Sachverständigen zusammengetroffen ist, und Johann mit Marshall Hoch beraten. Um 7 Uhr kam Loucheur, der sich mit dem belgischen Finanzminister Theunis nach Chequers begab, gleichzeitig mit Lloyd George nach London zurück. Er hat gleich darauf sein Hotel verlassen, um sich mit Briand nach Downingstreet zu begeben, wo eine Interalliiertenversammlung stattfand.

Bersammlung der Alliierten-Delegation bei Lloyd George.

London, 6. März. (Reuter.) Lord d'Abernon, Loucheur und Oberst Theunis besuchten heute Lloyd George in Chequers. Auf Grund der von ihnen überbrachten Informationen berief Lloyd George für 7 Uhr abends nach seiner Londoner Wohnung eine Versammlung der Alliierten-Delegationen, an der Lloyd George, Bonar Law, d'Abernon, Briand, Loucheur, Jaspas, Theunis, Sforza und der japanische Vertreter teilnahmen.

Der Aufstand in Moskau niedergeschlagen?

D.A. Orlingford, 6. März. Nach den letzten hier aus Rußland eingelaufenen Nachrichten hat der Aufstand in Moskau für die Alliierten eine ungünstige Wendung genommen. Nach erbittertem Kampf, in dessen Verlauf Moskau von roter Artillerie schwer beschossen wurde, gelang es Bolschewik-Kavallerie, mehreren zuverlässigen kommunistischen Verbänden und dem Moskauer roten Regiment, den Aufständischen eine Niederlage beizubringen.

Der Friedensvertrag und die finanziellen Forderungen unserer Gegner.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Berlin, 6. März. Dem gewaltigen Umfange des Versailles Friedensvertrages und seiner Beilagen ist es zuzuschreiben, daß verhältnismäßig nur wenige Leute ihn gelesen, noch weniger ihn studiert haben; seine ganze Ungeheuerlichkeit wäre sonst dem ganzen Volke mehr zum Bewußtsein gekommen sein, als dies zurzeit der Fall ist. Aber die territorialen Fragen hat sich ziemlich schnell eine Beschlagnahme erzielen lassen, so groß auch die Opfer sind, die Deutschland hat auf sich nehmen müssen; doch man stand hier dem Zwange gegenüber, und jede Weigerung hätte noch schlimmere Leiden über das Land heraufbeschworen. Nun aber droht die Entscheidung der Wiedergutmachungsfragen Deutschland in eine Krise sonder Ende zu führen, weil der Besiegte nicht nur eine Summe zahlen soll, die über jede Leistungsfähigkeit hinausgeht, sondern weil seine ganze Wirtschaft einer Kontrolle unterworfen werden soll, die jeder freien Betätigung auf dem Weltmarkt enge Grenzen setzt und den Unternehmungsgeist lähmen muß. Denn charakteristisch ist, daß die finanziellen Forderungen unserer Vertragsgegner immer weiter gestiegen sind, so daß jetzt das Sechsfache von dem verlangt wird, was vor Unterzeichnung des Versailler Friedens als hinreichend angesehen worden war. Als die Friedensverhandlungen begannen, bewaßen die gegnerischen Sachverständigen die Deutschland aufzubringende Entschädigung auf etwa 40 Milliarden; dann aber machten die Intraugenten ihren Einfluß geltend und steigerten diese Summe von Monat zu Monat. Dem waffenlosen Deutschland gegenüber konnte man eben ganz andere Forderungen erheben als dem noch zum Widerstand fähigen! Hier kam man eine Schraube ohne Ende zur Anwendung bringen, und so entfiel der Friedensvertrag selbst nur einen Blankoscheck, der erst später ausgefüllt werden sollte, und diese hier einzuführende Summe stieg inzwischen von 40 auf 100, dann auf 140 Milliarden, um schließlich bei 225 mit realen Größen ein Ende zu machen, dafür aber eine feierliche Ausfuhrabgabe von 2-Milliarden anzuhängen. An verständigen Beurteilern der Lage hat es auch im Lager unserer Gegner nicht gefehlt; diese öffneten auch ihre Ohren den Mahnungen Keynes, der ohne Vorannahme lediglich als Wirtschaftspolitiker seine Stimme erhob und vor dem Unmöglichen warnte. Eine Verständigung schien sich während der Brüsseler Beratungen zwischen Bergmann und Seydoux anzubahnen, als letzterer auf die Entscheidung nicht vorhandener und nicht zu schaffender Goldmilliarden verzichtete, dafür aber Zinsleistungen und Sachleistungen an ihre Stelle setzen wollte, indem Deutschland Arbeiter zum Wiederaufbau Nordfrankreichs stellen und fertige Waren liefern sollte. Doch hiergegen erhob die französische Industrie Einspruch, da sie eine solche Schadenersatzleistung seitens Deutschlands als sicherste Grundlage für seine wirtschaftliche Wiederaufbau betrachte und sie mit allen Mitteln zu verhindern gewillt ist; indes auch England der deutschen Konkurrenz keineswegs den französischen Markt als Sondergebiet ausliefern will. In Gold und Devisen soll Deutschland zahlen; dies wird die Lösung der an der Seine und Themse zurzeit maßgebenden Politiker. Zu dem Zweck erlann man auch die Ausfuhrabgabe von 12 Proz., die an sich den deutschen Handel nicht zu belasten scheint, wenn man jedoch näher zuseht, ihm den Wettbewerb auf dem Weltmarkt unterbindet.

Zwar soll die Ausfuhrabgabe nicht an den deutschen Grenzen in Papiermark erhoben werden — dieses Zahlungsmittel löst die Vertragsgegner nicht —, sondern im Besetzterlande bei Bezahlung der Lieferung. Hier sollen nämlich von jeder Zahlung 12 Proz. in Zahlungsmitteln des betreffenden Landes an eine bestimmte Bank abgeführt werden, die diese Summe der Wiedergutmachungskommission aufschreibt und ihr so beste Devisen sichert. Der Händler selbst erhält aber nicht den übrigen Betrag seiner Forderung, sondern dieser wird der deutschen Regierung überwiesen,